



Der Datenschatz des Mister Smith

Acht Monate lang feilschte ein Insider mit dem Fiskus um geheime Bank-Infos. Der USB-Stick kostete am Ende fünf Millionen Euro - und bedroht nun die ganze Branche.

Sönke Iwersen, Volker Votsmeier
Düsseldorf

Die Verhandlungspartner hatten die Nase voll, so schien es jedenfalls. Ein Sommertag im August 2015, die Lobby eines Hotels einer kleinen Stadt im Dreiländereck Deutschland - Frankreich - Schweiz. Fünf Männer stehen sich gegenüber, keiner von ihnen hat gute Laune.

Ein Achselzucken hier, ein bemühtes Lächeln dort. „Wir denken noch mal drüber nach“, sagt einer. Wieder Händeschütteln, dann ist das Treffen vorbei. Noch aus dem Auto heraus ruft der Anwalt des Datenhändlers die Staatsanwälte an. Der Mandant will nicht mehr. 2,5 Millionen Euro für den USB-Stick sind nicht genug. Sorry.

An dieser Stelle hätte er enden können, der größte Fischzug, den die deutsche Steuerfahndung jemals gegen die internationale Bankenwelt starten wollte. Informationen über dubiose Aktiengeschäfte in gigantischen Größenordnungen hätten niemals die Ermittlungsbehörden erreicht, geschweige denn das Licht der Öffentlichkeit. Doch es kam anders.

Die deutschen Behörden, geführt von der Steuerfahndung Wuppertal, holen nun zu einem gewaltigen Schlag aus. Bald schon wird ihr Fall auch außerhalb der Landesgrenzen für Furore sorgen. Das Beweismaterial scheint so reichhaltig, dass Steuerfahnder aus halb Europa und darüber hinaus etwas damit anfangen könnten. Denn es zeigt, wie Institute aus Deutschland, England, Frankreich, Italien, Japan und den USA direkt in die Steuerkassen griffen.

Es steht eine Zäsur bevor - im Zeichen eines Begriffs, der vor wenigen Jahren nur einer Handvoll Finanzprofis etwas sagte: Cum-Ex. Inzwischen hat der Bundestag da-

zu einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, und auch in anderen Ländern sind Behörden und Politiker aktiv geworden.

Der Hintergrund: Banken und besonders wohlhabende Kunden haben sich jahrelang aus der Staatskasse bedient. Mit geschicktem Handel von Aktien mit (cum) und ohne (ex) Dividendenanspruch haben sie sich eine nur einmal gezahlte Kapitalertragsteuer mehrfach erstatten lassen. Eine Art Banküberfall, doch in diesem Fall waren die Banken selbst die Täter.

Einige Sünder wurden in der Vergangenheit bereits erwischt und haben auch schon gebeichtet. Die HSH Nordbank zahlte reumütig 127 Millionen Euro zurück, die LBBW rund 150 Millionen. Auch die Hypo-Vereinsbank kostete die Affäre rund 250 Millionen Euro, ein Ermittlungsverfahren hat die Staatsanwaltschaft Köln kürzlich gegen eine Geldbuße von zehn Millionen Euro eingestellt.

Schillernde Namen wie AWD-Gründer Carsten Maschmeyer, Drogeriekönig Erwin Müller, Immobilienmilliardär Rafael Roth oder Fleischfabrikant Clemens Tönnies wurden als

Norbert Walter-Borjans greift durch: Der NRW-Finanzminister jagt Steuersünder.



Cum-Ex-Kunden bekannt. Zum Teil haben sie zweistellige Millionenbeträge investiert.

Gemessen an dem, was nun kommt, waren das allerdings „Peanuts“, Zufallstreffer, weil sich einstmals befreundete Cum-Ex-Geschäftspartner plötzlich zerstritten haben. Oder weil hier oder da ein geprellter Bankkunde auspackte, der in Cum-Ex-Fonds investiert hatte. Dann aber hat ein Bankinsider mit Sitz an einer Schaltstelle der Cum-Ex-Welt einen USB-Stick erstellt, der das System offenbart. Er enthält Daten nicht von ein, zwei Banken und beteiligten Finanzdienstleistern, sondern von insgesamt 129.

Der Mann ist Ausländer, seine Identität wird streng geheim gehalten. Nur so viel ist sicher: Dass er seinen Stick zu Geld machte, wird die Geldbranche zum Beben bringen.

Paul Smith, wie sich der Mann heute nennt, wusste das von Anfang an. Bewusst wählte er einen Käufer aus, der sein Angebot verstehen würde: die Steuerfahndung Wuppertal.

Die war im Thema wie kaum eine andere Institution. „Kriminellen Betrug“ nennt ihr oberster Dienstherr, NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans, die Cum-Ex-Geschäfte. Um sie aufzudecken, ist ihm jedes Mittel recht, auch der Ankauf von Daten aus dunklen Quellen.

Sieben Mal hatten seine Männer deshalb schon zugegriffen und gezahlt. Hier, dachte Paul Smith, ließe sich doch ein leichtes Geschäft machen.

Doch weit gefehlt. Die Männer aus Wuppertal waren äußerst zurückhaltend, als Paul Smith ihnen über einen Mittelsmann Ende 2014 erstmals ein Angebot machte: Informationen zu Cum-Ex-Geschäften in Hülle und Fülle. Die Steuermehereinnahmen, die sich damit generieren ließen, taxierte Smith auf 700 Millionen Euro. Dafür hätte er gern einen Finderlohn. Fünf Prozent. Das wären stolze 35 Millionen.

Anfangs wussten die Beamten gar nicht, was sie antworten sollten. Man könne sich gern treffen, richteten sie aus. Aber 35 Millionen Euro? Nie im Leben.

Bei dieser Haltung blieb es. Anfang 2015 trafen sich Smith, sein Anwalt und die Steuerfahnder wieder. Doch als Smith nicht von seiner Fünf-Prozent-Idee



Sich Steuern erstatten zu lassen, die man überhaupt nicht bezahlt hat, ist die gemeinste Form der Bereicherung zulasten der Allgemeinheit. Unsere Fahnder haben den Auftrag, Cum-Ex-Geschäfte als das zu enttarnen, was sie sind: krimineller Betrug.

Norbert Walter-Borjans
Finanzminister Nordrhein-Westfalen



Skyline des Finanzzentrums London: Kaum eine Bank wollte auf die lukrativen Cum-Ex-Geschäfte verzichten.

Moment Open/Getty Images

der Credit Suisse nach Deutschland verkauft - für 2,5 Millionen Euro. Zwei Jahre später wurde der Datenhändler von der Schweizer Bundesanwaltschaft festgenommen. In der Untersuchungshaft in Bern nahm er sich das Leben.

Auch ihn würde man suchen, meinte Smith. Möglicherweise müsse er sein Leben neu beginnen. Dazu brauche er einen bestimmten Betrag. Sechs Millionen Euro.

Die Steuerfahnder boten 2,5 Millionen. Auf der Rückfahrt ließ Smith ausrichten, es werde keine weiteren Gespräche geben. Aber noch am selben Tag erhielt sein Anwalt einen Anruf aus Wuppertal. Es habe einen Durchbruch gegeben. Das Gebot stehe jetzt bei vier Millionen Euro. Zwei Tage später kam etwas Schriftliches. Ein weiteres Gespräch mit Smith sei dringend erforderlich. Man wolle Irritationen ausräumen.

Noch vor Monatsende waren die Parteien fast am Ziel. Zum entscheidenden Treffen an einem geheimen Ort kam gleich ein halbes Dutzend Steuerfahnder. Bevor die Behörde den höchsten Preis zahlte, den sie je für einen Datenträger gezahlt hatte, wollte sie das Material gründlich prüfen. Stundenlang beugten sich die Experten über Smiths Laptop. Dann sagten sie: vier Millionen Euro sofort, eine danach. Ginge das?

Es ging. Als Anfang September der Vertrag zur internationalen Bankenjagd unterzeichnet wurde, war Smith so locker wie nie. Er verpflichtete sich, den Stick zu übergeben und als Sparringspartner bereitzustehen. Die Beamten würden Nachfragen haben. Smith solle nicht gleich mit

Fortsetzung auf Seite 6

abrückte, waren die Verhandlungen schnell wieder beendet.

Es dauerte sechs Monate, bis sich der Verkäufer von seiner Preisvorstellung lösen konnte. Der Mann war Banker. Erfolg mit einer Erfolgsbeteiligung zu vergüten war in seiner Welt selbstverständlich. Doch ebenso selbstverständlich war ihm, auf einen Verhandlungspartner, der sich nicht rührte, einen Schritt zuzugehen.

Ende Juni, ein neues Treffen. Diesmal forderte Smith zehn Millionen Euro. Und er zeigte den Steuerfahndern Dokumente. Handelspositionen, Listen, Schriftverkehr. Alles sehr interessant, sagte man ihm. Aber nicht interessant genug.

Zehn Millionen Euro mochten in Smiths Bankenwelt keine große Sache sein. Auf Behördenfluren war ein solcher Betrag als Preis für einen Datenstick völlig utopisch.

Sie dachten da eher an ein Zehntel, sagten die Beamten. Wieder vertagten sich die Verhandlungspartner.

Mitte August, im Dreiländereck, näherten sich zwar die Parteien noch mal an, doch der Verhandlungsspielraum schien ausgereizt. Sobald er den Stick verkauft habe, meinte Smith, sei er in Gefahr. Ein anderer Informant (oder Verräter - je nach Perspektive) hatte 2008 eine CD mit Daten

ANZEIGE

SIEMENS
Ingenuity for life

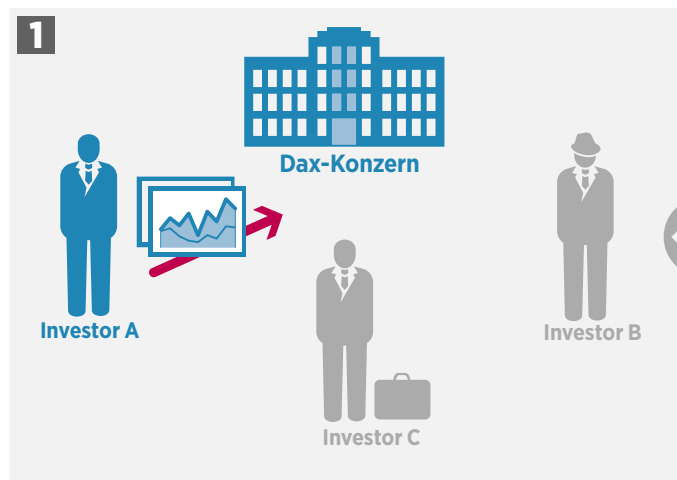
Busse kommen schneller durch die Stadt.
Und Arne schneller zu Andrea.
Das ist Ingenuity for life.

Manchmal ist Pünktlichkeit Herzenssache. In Böblingen werden Ampeln so gesteuert, dass Busse automatisch Grün bekommen. Dahinter steckt eine digitale Lösung von Siemens, die Satellitenortung mit der Ampelsteuerung vernetzt. Wenn man verwirklicht, worauf es ankommt, dann ist das Ingenuity for life.

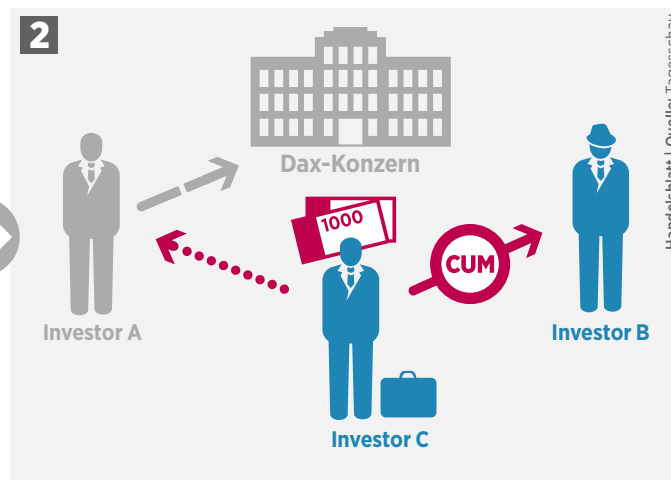
siemens.de/ingenuityforlife

02284 10 117-00

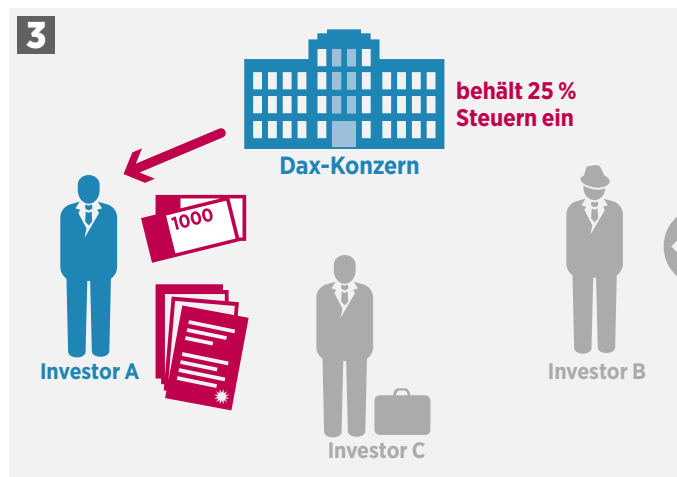
Cum-Ex-Geschäft mit mehrfacher Steuererstattung



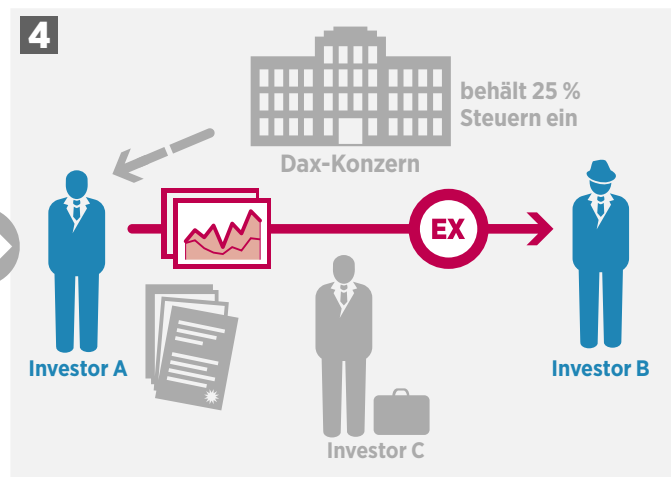
A besitzt Aktien eines Konzerns.



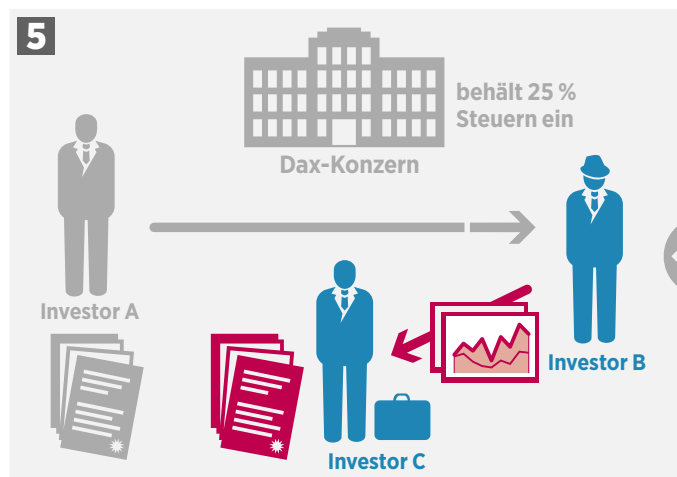
Kurz vor Dividendenausschüttung: C kauft Aktien von B im selben Wert wie A. B macht einen Leerverkauf, er besitzt keine Aktien.



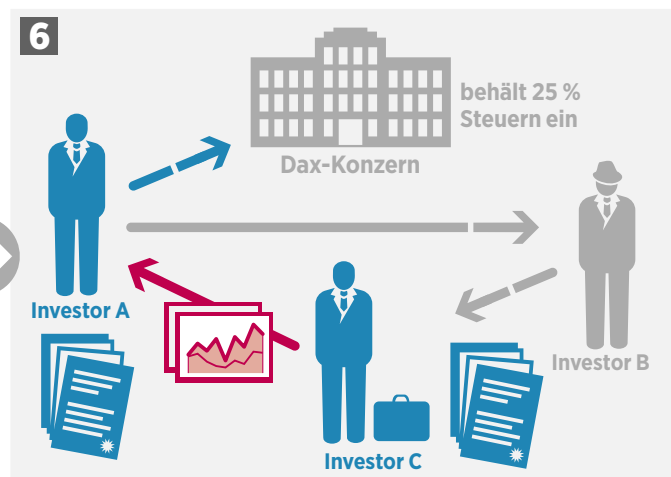
Dividendenausschüttung: A erhält die Netto-Dividende von 75 Prozent und für 25 Prozent, die der Konzern als Kapitalertragsteuer an den Staat abführt, eine Steuerbescheinigung. Damit kann er unter bestimmten Umständen das Geld vom Staat zurückbekommen.



A verkauft seine Aktien an B, der das Geld aus dem Leerverkauf mit C hat.



B erfüllt das Leergeschäft und leitet die Aktien plus Netto-Dividende an C weiter. Auch B lässt sich eine Steuerbescheinigung für 25 Prozent der Dividende ausstellen.



A kauft die Aktien von C zurück. Der Staat hat nur einmal Kapitalertragsteuer vom Konzern erhalten, zwei Investoren haben aber ein Recht auf Rückerstattung. A, B und C teilen den Erlös auf.

Fortsetzung von Seite 5

seinen Millionen untertauchen, sondern ihnen helfen, aus den vielen Gigabyte an Daten eine Anklage zu formen.

Smith formte. Cum-Ex-Geschäft zu knacken ist nicht leicht. Ende 1999 hatte der Bundesfinanzhof entschieden, dass es unter bestimmten Voraussetzungen zwei Eigentümer ein und derselben Aktien geben konnte. Schnurstracks kreierten findige Steuerberater sogenannte Strukturen, die das Unmögliche möglich machten: gleichermaßen hochsichere und hochprofitable Geschäfte, quasi eine staatlich geschmierte Gelddruckmaschine. Internationale Anwaltskanzleien wie Freshfields Bruckhaus Deringer oder Clifford Chance schrieben Gutachten am Fließband, die bestätigten, dass das alles rechtens sei.

Und so handelten die Banken wie von Sinnen, jedenfalls ohne Skrupel. Sie bewegten Milliarden, manchmal pro Stunde. Eine Bank nach der anderen kaufte und verkaufte Aktien von Bayer, Daimler oder

Siemens nicht, weil sie an deren Erfolg glaubten. Die Käufe hatten nur einen Sinn: die mehrfache Erstattung einer nur einmal gezahlten Kapitalertragsteuer. Mal drehten die Banken die Geschäfte im Eigenhandel, mal mit anderen Instituten. Mal liehen sie sich Aktienpakete von Großkunden, in Einzelfällen sogar ohne deren Wissen. Die Papiere kamen ja nicht weg. Nur die Zuordnung wechselte für ein paar Tage, dann war alles wieder beim Alten. Und die Banken waren um Millionen reicher.

Die Kunde von dem Geschäft ohne Risiko sprach sich schnell herum. Auf dem Datenstick, den Paul Smith im September verkaufte, stehen Namen wie die Deutsche Bank, die Commerzbank, die DZ Bank und viele andere. Auch Landesbanken wie die BayernLB, die Helaba und die WestLB, die mit Geschäften auf Kosten des Fiskus letztlich den eigenen Eigentümer schädigen mussten, waren dabei. Keine der gespeicherten Banken wollte sich auf Anfrage zu den Vorwürfen äußern.

Schon im Dezember 2002 praktizierten so viele Banken das Geschäft mit der doppelten Steuererstattung, dass der Bundesverband Deutscher Banken eine Art Warnschreiben an das Bundesfinanzministerium verfasste. Der Brief las sich wie Eigenschutz. Was man hier mache, sei zwar komisch, entspreche aber dem geltenden Recht.

Es dauerte fünf Jahre, bis die Politik auch nur versuchte, dem Treiben Einhalt zu gebieten. Ein neues Gesetz schloss doppelte Steuererstattungen aus, wenn dabei nur deutsche Banken involviert waren.

129

Banken sind auf dem Daten-Stick, den Ermittler für fünf Millionen Euro gekauft haben.

Steueranwälte berichten, wie sie sich damals auf die Schenkel klopfen. Wusste man im Bundestag nicht, dass es auch im Ausland Banken gab? Jedenfalls ließen sich die Akteure nicht lange bitten. Sie passten ihre „Strukturen“ leicht an - und machten weiter, zum Teil heftiger als zuvor.

Fortan wurden eben immer eine oder mehrere ausländische Banken in das Spiel einbezogen. Auf dem Datenstick von Paul Smith stehen Dutzende möglicher Ansprechpartner. Barclays aus London, Goldman Sachs aus New York, BNP Paribas in Paris, UBS in Zürich und Nomura International in Tokio gehören dazu. Erst 2012 unterband der Gesetzgeber den internationalen Griff in die deutsche Steuerkasse.

Heute sind die Banken in Sachen Cum-Ex wenig gesprächig. UBS und BNP Paribas antworteten auf Fragen des Handelsblatts mit „No Comment.“ Goldman Sachs gab an, es seien keine Ermittlungen gegen Goldman Sachs bekannt. Barclays teilte mit: „Alle Fragen zu dem Sachverhalt wurden mit den deutschen Steuerbehörden abschließend geklärt.“

Ob dies so bleibt, wenn die Steuerfahndung ihren Stick erst ausgewertet hat? Paul Smith war jahrelang einer von denen, die bei dem Spiel mitmachten. Nun erklärt er es den Steuerfahndern. Ihre schwierigste Aufgabe: der Nachweis der Absprache zwischen den beteiligten Parteien bei Cum-Ex-Geschäften. Ohne diese Absprache wäre die Selbstbedienung aus der Steuerkasse zwar weiterhin möglicherweise unmoralisch, sagen zumindest diejenigen, die sie erfunden haben. Aber keinesfalls illegal.

Doch gerade ohne diese Absprache, entgegen Insider, waren die Cum-Ex-Deals eben gar nicht möglich. Damit sie sich lohnten, mussten gewaltige Beträge bewegt werden. Und viele hatten an diesen riesigen Beträgen allergrößtes Interesse. In der Bankenwelt, wo Kommissionsgeschäfte der Normalfall sind, wecken massenhafte Deals in Milliardenhöhe Begehrlichkeiten. Zwischenhändler, Handelsplattformen, Treasury-Abteilungen - alle mussten eingebunden werden. Und ließen sich nur allzu gern einbinden.

Wie all dies genau funktionierte, hat Paul Smith seinen neuen Freunden von der Steuerfahndung inzwischen erklärt. Noch kurz vor Weihnachten war er in Wuppertal und gab vor einer ganzen Mannschaft von Fahndern eine Art Vorlesung. Bei belegten Brötchen und Mineralwasser zeigte er das Vorgehen der Banken und ihrer Partner.

Denn während die Cum-Ex-Deals in der Theorie ganz anonym ablaufen sollten, zeigt der Stick von Paul Smith das praktische Gegenteil. Zwischenhändler schickten demnach den Banken vorab Listen, die nicht nur die Höhe des prognostizierten Gewinns auswiesen, sondern auch die Herkunft: die deutsche Steuerkasse. Die Geschäfte, die die Parteien eingehen sollten, machten ohne die doppelte Rückerstattung gar keinen Sinn. Würden die Steuerfahnder solchen Schriftverkehr neben die Handelsdaten legen, wären mögliche Gesprächspartner auf Bankenseite in höchster Erklärungsnot.

Mehr als drei Stunden dozierte Paul Smith. Dann packte er seinen Laptop wieder ein und verabschiedete sich wieder. Zurück blieb eine Steuerfahndung, die nun den größten Fischzug vorbereitet, den je eine deutsche Steuerfahndung gegen die internationale Bankenwelt unternommen hat. Ihre Zuversicht wächst von Tag zu Tag. Ein viertes Treffen mit Smith sagte Wuppertal ab. Das sei nicht mehr nötig, ließ man dem Informanten ausrichten. „Wir wissen schon genug.“